Bedeutung und Grenzen der Statistik für die Zwecke des Wiederaufbaus*)

Von

Peter Quante, Kiel

Wenn wir hier von Wiederaufbau sprechen, so verstehen wir darunter die Wiederherstellung normaler Lebensverhältnisse — die Angelsachsen nennen es viability — für Volk, Staat und Wirtschaft. Dabei denken wir zunächst an das deutsche Bundesgebiet und seine Beziehungen zu den Ländern des Marshall-Plans und dem übrigen „westlichen Ausland"; wir wollen aber keineswegs die Länder der Sowjetzone und die östlich der Oder-Neiße liegenden, von fremden Nationen verwalteten deutschen Gebiete vergessen, deren Schicksal und Wohlergehen einen wesentlichen Teil des deutschen Wiederaufbaus bildet. Es ist vielleicht ein Lichtblick in all der Verworrenheit der letzten Jahre, in all dem Streit zwischen Ost und West, daß immer noch an einer gewissen Einheit und Einheitlichkeit der gesamten deutschen Statistik — wenigstens für Bundesgebiet und Sowjetzone — festgehalten wird. Für die großen Erhebungen bestehen gemeinsame Ausschüsse, in denen so objektiv wie möglich die Grundsätze und die Einzelheiten der Durchführung und Auswertung besprochen werden, die Deutsche Statistische Gesellschaft umfaßt nach wie vor Ost- und Westzonenstatistiker, die noch zuletzt am 23. Februar 1950 in Frankfurt am Main getagt und einen Vortrag des Leiters des Statistischen Ostzonen-Zentralamts[1] angehört und diskutiert haben. Wenn überhaupt eine Disziplin geeignet sein kann, in den Beziehungen zwischen Ost und West den objektiven Tatbeständen zum Recht zu verhelfen, so sollte es die Statistik sein — sofern man sie nicht mit Gewalt zu Propagandazwecken mißbrauchen will!

In den Dienst des so gekennzeichneten deutschen Wiederaufbaus wollen wir die Statistik stellen und wollen uns von vornherein klar sein, daß die Statistik hierbei wirklich nur eine dienende Rolle spielen kann. Der Wiederaufbau muß in Gang gebracht und gelenkt

* Antrittsvorlesung an der Universität Kiel am 26. Juni 1950.

[1] Dr. Gerhard Bondi, Die Rolle der Statistik in einer geplanten Wirtschaft.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden von Menschen, denen Menschenliebe, überragende Klugheit, durchgreifende Energie und die — leider so seltene — echte staatsmännische Begabung zu Gebote stehen. Sie müssen Gehilfen haben, die ihre Anregungen technisch vollziehen und diesen Vollzug vorbereiten und überprüfen können. Ähnlich hat beispielsweise Meerwarth noch 1934[2] die Aufgabe der Statistik definiert: „Das Zahlenmaterial liefert dem Verwaltungs- und Staatsmann die erste Orientierung, den Hintergrund, den er kennen muß, wenn er durch seine Maßnahmen das ökonomische und soziale Leben in irgendeiner Weise beeinflussen will."

Im gleichen Zusammenhang weist Meerwarth auf die engen Grenzen hin, die dem menschlichen Können überhaupt und der statistischen Kunst im besonderen gesteckt sind: „Der Auffassung, man könnte die tatsächlich eintretenden Wirkungen bereits mit ziemlicher Sicherheit im voraus berechnen, wird man nicht beipflichten können; sie verkennt, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf das Handeln von Menschen einwirken, das in einem weiten Spielraum unberechenbar ist." Diese Feststellung schiebt zwar in erster Linie dem Staatsmann und dem Wirtschaftspolitiker die Verantwortung für das Gelingen seiner Maßnahmen zu, die er gar nicht vorsichtig genug kalkulieren kann, sie entbindet aber auch den Statistiker nicht von seiner großen Verantwortung; aus ihr heraus muß er seine Unterlagen nur mit um so größerer Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit gewinnen und aufbereiten und sich von unbegründeten Folgerungen fernhalten.

Wenn die Statistik dem Wiederaufbau dienen soll, so muß sie zuerst und besonders gründlich das tun, was auch geschehen muß, wenn ein Architekt ein halbzerstörtes Haus wieder auf- und ausbauen will: sie muß die Grundlagen der halbzerstörten deutschen Volkswirtschaft prüfen, sie muß feststellen, welche Teile noch einigermaßen feststehen und zusammenhalten, welche Teile andererseits vom baldigen Einsturz bedroht sind; sie muß die Aufmerksamkeit der hohen Staatsleitung gerade auf diese bedrohten Teile lenken und etwa berechnen, welcher Schaden dem Ganzen entstehen könnte, wenn man hier nicht rechtzeitig eingriffe; sie muß eine möglichst naturgetreue „Ansichtsskizze" liefern, wie der fertige Bau wohl aussehen könnte, wenn man auf den vorhandenen Unterlagen mit den gegenwärtigen Mitteln vorsichtig aufbaut, um zu einem Bestande zu kommen, der der Zeit vor der Zerstörung entsprechen könnte, vielleicht ohne die Schönheiten und Zierate dieser Epoche, aber mit um so größerer Solidität.

Ohne sich an phantastische Voraussagen zu verlieren, muß doch der Statistiker eine wissenschaftlich gelenkte und behutsam kontrol-

[2] „Von dem Nutzen und den Grenzen der Statistik", Z. Pr. St.L.A., 72. Jg., S. 60 f.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lierte Phantasie entwickeln, um dem Ist, dem halbzerstörten Gebäude der deutschen Volkswirtschaft, das Soll, einen heilen und einigermaßen wohnlichen Bau, gegenüberstellen zu können. Die Fragen, die an die Statistik und den Statistiker gerichtet werden, ergeben sich nun einmal nicht nur aus den Nöten der Gegenwart, sondern weit mehr aus den Plänen für die Zukunft: um der Zukunft zu dienen, muß die Statistik die Gegenwart so vollständig wie möglich meistern.

Die Schwierigkeiten einer solchen statistischen Grundlegung sind nicht gering zu achten. Nach dem ersten Weltkrieg war das Deutsche Reich, wenn auch in seinem territorialen Bestand in Ost und West eingeschränkt und zu einem kleineren Teile unter fremder Besatzung, doch ein souveränes Staatsgebilde geblieben — dennoch bedurfte es, nach den Wirren des Kapp-Putsches und nach der zunehmenden Verschlechterung seiner Währung, selbst bei der Wiederkehr einigermaßen stabiler Zustände noch eines längeren Zeitraumes, um die erste große „Generalinventur" von Volk und Wirtschaft vornehmen zu können: erst im Juni 1925 erlebten wir die Nachkriegs-Volks-, Berufs- und Betriebszählung, deren Methoden später richtunggebend geworden sind.

Nach dem zweiten Weltkrieg hat die Zoneneinteilung von vornherein den Aufbau der Statistik sehr erschwert. Hinzu kam die mangelnde Souveränität der gewissermaßen unter dem „Kolonialstatus" existierenden deutschen Länder. Nach meinen persönlichen Erfahrungen in Wildbad in der französischen Zone, in der sich eine Zeitlang das Amerikanische Oberkommando der Statistik annahm, war eine echte statistische Zusammenarbeit der verschiedenen Besatzungsbehörden kaum vorhanden. Es ist beinahe ein Wunder, daß dennoch im Oktober 1946 eine — kleinere — Volks- und Berufszählung in allen vier Zonen zustande kam. Die treibende Kraft für Ausbau und Vereinheitlichung der deutschen Statistik dürfte dabei vor allem die amerikanische Besatzungsmacht gewesen sein, in deren Bereich ja auch das Bundesamt für Statistik — zunächst in Wiesbaden — begründet worden ist.

Seit der Schaffung des „Vereinigten Wirtschaftsgebiets" ist ein verstärkter Auftrieb der amtlichen Statistik im westlichen Deutschland (auch in der französischen Zone) zu verzeichnen, so daß hier schon vor der großen Volks-, Berufs- und Betriebszählung des Jahres 1950 entscheidende Erhebungen durchgeführt werden konnten, über die auch in „Wirtschaft und Statistik" berichtet wird.

Nach dieser kurzen geschichtlichen Besinnung wollen wir systematisch die statistischen Unterlagen in ihrer Bedeutung für den Wiederaufbau betrachten und kritisch prüfen.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wir beginnen mit der statistischen Behandlung des Menschen, der Subjekt und dessen Wohlergehen Ziel der Wirtschaft sein soll. Man darf in unserem Zusammenhang die Wichtigkeit der Volkszählungen und der laufenden Statistiken der Bevölkerungsbewegungen (Geburten, Sterbefälle, Wanderungen usw.) nachdrücklich hervorheben, ohne befürchten zu müssen, damit eine Trivialität auszusprechen. Schon die absolute Größe der Bevölkerung, zumal nach dem erzwungenen Einströmen der Millionen Vertriebener, und gemessen an den vorhandenen Bodenflächen und Kraftquellen, ist ein überragender Faktor für alle Wiederaufbauüberlegungen. Noch mehr vielleicht ist es die Zusammensetzung dieser Bevölkerung nach Geschlecht und Alter — die nach den Kriegs- und Vertreibungsereignissen so ganz unnormal ist —; auf diesem Gebiet haben wir sogar, gestützt auf gute Erfahrungen, die Möglichkeit zu Vorausberechnungen über die künftige Bevölkerungsentwicklung, Altersgliederung usw. Solche Vorausberechnungen erlauben uns wesentliche Einblicke in die künftigen Erfordernisse des Wohnungsbaus, des Schulwesens, des Gesundheitswesens, um nur einige für die Staatsverwaltung und Landesplanung wichtige Gegenstände zu nennen.

Nimmt man die Ergebnisse der Berufszählungen und der Schul- und Hochschulstatistik hinzu, so kann man weitere Vorausberechnungen über Bedarf und Nachwuchs bestimmter Berufe durchführen, die als recht zuverlässig bezeichnet werden dürfen. Meerwarth hat das für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker getan. Auch ohne einem „numerus clausus" für einzelne Berufe das Wort zu reden, muß man in unserer Lage solche Berechnungen als sehr nützlich bezeichnen, da vielfach nur so der Strom der Berufsausbildung richtig gelenkt werden kann und Tausende von Familien vor Enttäuschungen und Fehlinvestitionen bewahrt werden können. Erheblich erleichtert werden solche Vorausberechnungen, wenn man die — sekundär- — statistischen Auswertungen der Arbeitsämter gelegentlich der Lehrstellen- und sonstigen Vermittlung sinngemäß in dieses Verfahren einbeziehen kann.

Dabei bleibt immer entscheidend wichtig, daß das Berufsschema für die genannten Erhebungen dem Stande der volkswirtschaftlichen Entwicklung angepaßt ist. Wie ich schon an anderer Stelle auszuführen Gelegenheit hatte, gehört für den zählenden und den auswertenden Statistiker eine umfassende Kenntnis der sozialen und betrieblichen Verhältnisse des Landes dazu, um jeden ausübenden Berufstätigen an der Stelle unterzubringen, wo er im volkswirtschaftlichen Zusammenhang hingehört.

Darüber hinaus entstehen aber Schwierigkeiten besonderer Art, wenn wir diejenigen Erwerbspersonen statistisch richtig einreihen

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wollen, die gar nicht oder nur unzulänglich tätig sein können. Es handelt sich hier um die Arbeitslosen und die noch viel zahlreicheren Vertriebenen. Bei den Arbeitslosen — soweit sie alte Einwohner des Bundesgebiets sind und als solche gewissermaßen „echte Arbeitslose" — hat man sich in den Berufszählungen und sonstigen Statistiken seit 1925 damit geholfen, daß man sie bei dem zuletzt ausgeübten Beruf unterbrachte und sie in diesem als „arbeitslos" zählte. Solange man sicher sein kann, daß es sich hier um eine „konjunkturelle" Arbeitslosigkeit handelt, die beim nächsten Aufschwung wieder verschwinden kann, bestehen gegen dieses Verfahren kaum Bedenken. Allerdings sind unter diesen Fällen von Arbeitslosigkeit nicht selten auch solche, wo statt des eigentlichen — meist gelernten — Berufs eine Art „Verlegenheitsberuf" ausgeübt wird. Diese Fälle waren früher nicht allzu häufig, sind aber seit 1945 im Zusammenhang mit dem kriegs- oder nachkriegsbedingten Verschwinden ganzer Industriezweige oder Behörden oder mit der Entnazifizierung in erheblichem Maße angewachsen. Für praktische Überlegungen, die sich nicht mit einer vorübergehenden Aushilfe finanzieller Art begnügen, sondern auf die Wiederherstellung echter Erwerbsverhältnisse abzielen, ist hier offenbar eine „Doppelzählung" der Arbeitslosen nötig, die auch den ursprünglichen Beruf einbezieht.

Noch ausgesprochener gilt dies alles für die vielen Millionen Vertriebener, deren Erscheinen im Bundesgebiet eine gewaltige strukturelle Umschichtung bedeutet. Bei seinem Kieler Besuch am 9. Juni 1950 hat der Generalkonsul für die Vereinigten Staaten, Dr. Krekeler, mit vollem Recht „das Vertriebenenproblem als Kernproblem der Bundesrepublik" bezeichnet. Wir haben allen Anlaß, uns mit dieser für Schleswig-Holstein so wichtigen Frage etwas ausführlicher zu befassen.

Dabei soll hier nicht der Versuch gemacht werden zu entscheiden, ob der Zustrom der Vertriebenen am Ende mehr eine Belastung oder einen Gewinn darstellt. Hierüber ist in der bekannten Denkschrift der vier Wirtschaftswissenschaftlichen Institute[1], deren Federführung beim Institut für Weltwirtschaft lag, im Zusammenhang mit weltweiten Ausblicken Wesentliches gesagt worden. Jetzt soll nur die Rede sein von den Versuchen, Schicksal und gegenwärtige Tätigkeit der Vertriebenen statistisch möglichst genau zu erfassen — mit dem Ziel, dieses Schicksal wieder sinnvoll zu gestalten, soweit das in den Kräften der Bundesrepublik steht.

Unsere Betrachtungen knüpfen demgemäß an die „Flüchtlings-Sondererhebung" vom Dezember 1948/Januar 1949 an, die in Ver-

[1] „Lebensfähigkeit und Vollbeschäftigung", ein Beitrag zur Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Westdeutschland. Bonn, April 1950.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bindung mit der Ausgabe der Flüchtlingsausweise durchgeführt wurde. Aus dieser Verbindung erklärt es sich, daß die Zahlen dieser Sondererhebung um ein Geringes kleiner sind als die der laufenden monatlichen Flüchtlingsmeldung. Es fehlen vor allem — etwa zu 40 vH — Evakuierte aus dem Bundesgebiet, die kein besonderes Interesse am Besitz des Flüchtlingsausweises bekundet haben. Dagegen sind die eigentlichen Heimatvertriebenen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße und dem Ausland (Ausweis A) zu mehr als 99 vH und die Flüchtlinge aus der russischen Zone und Berlin (Ausweis B 1) zu mehr als 80 vH erfaßt worden. Im Zeitpunkt dieser Erhebung war die Flüchtlingsbevölkerung Schleswig-Holsteins auf ihrem Höchststand angelangt: 1,1 Millionen gegenüber 1,6 Millionen Einheimischen. Erst seit Anfang 1949 können wir hier mehr Fortzüge und Umsiedlungen als Zugänge feststellen.

Da wir uns hier in erster Linie mit Erwerb und Arbeitslosigkeit befassen wollen, können wir nicht ausführlich auf die sonstigen Verhältnisse der Vertriebenen in unserem Lande eingehen. Erwähnt sei aus den Ergebnissen der gleichzeitigen Wohnraumermittlung folgendes: O h n e die in Notunterkünften und Heimen untergebrachten oder ganz in der Familie von Einheimischen aufgenommenen Personen beträgt die Wohndichte der Vertriebenen 2,2 Personen je Wohn- und Schlafraum mit 6 und mehr qm Fläche — also nicht gerechnet die Flüchtlinge in „Nebengelassen"! In Nordrhein-Westfalen mit relativ stärkeren Wohnraumzerstörungen ist etwa zur gleichen Zeit die Wohnraumdichte für die Vertriebenen mit 1,9, für die Gesamtbevölkerung mit 1,53 Personen ermittelt worden. V o r dem Kriege war in Deutschland jeder wohnwürdige Raum mit durchschnittlich 1,3 Personen belegt gewesen.

Die Überbelegung von Schleswig-Holstein mit Vertriebenen mußte also mangels genügender gewerblicher Arbeitsgelegenheiten ein besonders erschütterndes Bild der Arbeitslosigkeit schaffen. Von den gesamten Arbeitslosen Schleswig-Holsteins, die zur Zeit der Erhebung (Januar 1949) mit 140 600 gezählt wurden, stellten die Vertriebenen allein 82 300, also 58,5 vH, obwohl sie im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nur 43,5 vH ausmachen. Zur gleichen Zeit waren in Schleswig-Holstein rund 14, im Vereinigten Wirtschaftsgebiet nur 6 vH aller Arbeitnehmer arbeitslos. Die bisher — und hoffentlich für immer! — höchste Arbeitslosenzahl im Lande war 246 400 im Februar 1950, darunter allein 141 000 Vertriebene oder 57,3 vH.

Um die besonderen Schwierigkeiten zu verstehen, in der sich der Arbeitsmarkt eines so mit Flüchtlingen oder Vertriebenen gesättigten Landes wie Schleswig-Holstein befindet, müssen wir noch etwas länger bei den Ergebnissen der Sondererhebung verweilen.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entsprechend den Verhältnissen in der einheimischen Bevölkerung zeigten die Vertriebenen mit 54,5 vH Frauenanteil den jetzt typischen Frauenüberschuß; lediglich die Zuwanderer aus der Sowjetzone und Berlin (B 1-Ausweis) hatten damals einen Männerüberschuß, weil sich die Männer im Sowjetgebiet stärker bedroht fühlen durften als die Frauen; durch Nachziehung der Familie hat sich das allerdings inzwischen aus- und den übrigen Verhältnissen angeglichen.

Die Altersverteilung ist biologisch durchaus günstig: ein Drittel sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, 10,6 vH über 60 Jahre alt. Vergleicht man den Stand bei der Flüchtlings-Sondererhebung mit der einheimischen Bevölkerung von 1946, so sind insgesamt unter 35 Jahre alt 55,8 vH der Flüchtlinge, aber nur 51,7 vH der Einheimischen. Dabei sind die entsprechenden Zahlen für die Altersgruppen 6—18 Jahre 24,9 und 21,1 vH, für 18—35 Jahre 23,0 und 20,1 vH. Die oft gehörte und noch jetzt weit verbreitete Ansicht von der Überalterung der Flüchtlingsbevölkerung in Schleswig-Holstein gehört also ins Reich der Fabel.

Beim Familienstand interessieren besonders die Verwitweten: unter 89 000 befinden sich 73 000 Witwen (82,5 vH), also Frauen, die die Hauptgruppe der „Familien ohne Ernährer" ausmachen.

Für die entscheidend wichtige Feststellung der Erwerbsverhältnisse sind auf dem „Flüchtlingsfragebogen" zwei Fragen nach dem Beruf gestellt worden: 1. vor der Ausweisung oder Flucht ausgeübter Beruf samt Berufsstellung, 2. jetzt ausgeübter Beruf und Berufsstellung; für Arbeitslose war der zuletzt ausgeübte Beruf zu nennen. Eine dritte Frage, die nach dem erlernten Beruf, ist nach Ansicht des Bearbeiters im Statistischen Landesamt nicht exakt genug beantwortet und deshalb auch nicht ausgewertet worden. Gegenüber der sonst seit 1925 üblichen Berufssystematik ist hier alles auf den „persönlichen Beruf" abgestellt worden und nicht auf den „Betriebsberuf" — d. h. die Betriebsart, innerhalb derer der Beruf ausgeübt wird, etwa Modelltischler in einer Eisengießerei —. Doch macht sich dieser Mangel bei der Auswertung kaum bemerkbar, da man ja ohnehin nur die großen Berufsabteilungen und die soziale Stellung erfassen und darstellen wollte.

Das Wesentliche und für unsere Untersuchung Entscheidende aber ist eben diese doppelte Kennzeichnung der Vertriebenen, die es uns erst erlaubt, das ganze Ausmaß der beruflichen Tragik dieser Menschengruppe zu erkennen und an Mittel zur Abhilfe zu denken.

Von den rund 1,1 Millionen Vertriebenen waren vor der Flucht usw. 438 000 oder 41,4 vH Erwerbspersonen, jetzt sind es noch 400 000 oder 36,2 vH. Der Unterschied von 38 000 erklärt sich aus dem Abgang von 111 000 Personen vor allem in den Bereich der „Renten- und Für-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sorgebezieher" und der nicht mehr erwerbstätigen Hausfrauen sowie aus dem Zugang von 73 000 Personen vor allem aus Kreisen der schulpflichtigen Jugendlichen sowie von Hausfrauen; dieser Zugang betrifft meist Arbeiter. Nicht erwerbstätig waren vor der Flucht 620 000 = 58,6 vH, jetzt 705 000 = 63,8 vH.

Die Zugehörigkeit zu den großen Berufsabteilungen vor der Flucht und jetzt ergibt in Hundertsätzen folgendes Bild:

	vor der Flucht	jetzt
1. Pflanzenbau und Tierwirtschaft	25,8	20,6
2.—4. Stofferzeugung und -verarbeitung sowie technische Berufe	25,4	34,5
5. Güterverteilung und Verkehr	19,7	14,9
6. Verwaltung und Recht	13,8	8,7
7. Haushalt, Gesundheits- und Volkspflege	8,8	14,9
8. Geistes- und Kunstleben	3,2	3,0
9. Sonstige	3,3	3,5
Insgesamt	100,0	100,0

Bei den erwerbstätigen Frauen sind die Veränderungen immer noch stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der Geschlechter; so ergibt sich ein Rückgang bei der Landwirtschaft von 27,9 auf 9,8 vH, eine Zunahme bei Haushalt usw. von 21,1 auf 44,5 vH.

Im ganzen sind die Verschiebungen innerhalb der Berufsabteilungen — abgesehen von Industrie und Handwerk sowie Verwaltung — nicht sehr erheblich.

Die wichtigsten Änderungen aber finden wir in der sozialen Stellung vor, und zwar handelt es sich um eine ausgesprochene „Deklassierung". Wir vergleichen wieder beide Zeitpunkte in Hundertsätzen:

	vor der Flucht	jetzt
Selbständige	16,6	5,7
Mithelfende	11,2	0,6
Beamte	8,3	4,2
Angestellte	26,1	18,5
Arbeiter	37,8	71,0
Insgesamt	100,0	100,0

Die jetzt gezählten „Selbständigen" sind dabei zum großen Teil auch noch wirtschaftlich recht unsichere Existenzen, sozusagen Berufe auf Probe. Zugenommen haben nur die Arbeiter, die jetzt fast drei Viertel aller Erwerbstätigen ausmachen.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Am sichtbarsten ist der soziale Abstieg bei den Bauern und Landwirten, denn es entsprechen sich in dieser Berufsabteilung

	vor der Flucht	jetzt
Selbständige	32,4	2,2
Mithelfende	39,5	1,5
Beamte	0,5	0,2
Angestellte	3,1	2,6
Arbeiter	24,5	93,6
Insgesamt	100,0	100,0

Während die Arbeiter bisher nur ein Viertel der landwirtschaftlichen Berufstätigen ausmachten, sind heute bis auf 6 vH fast alle Landwirte Arbeiter geworden. Zur weiteren Illustration dieser Zahlen: einen landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Besitz hatten vor der Flucht

54 300 Haushalte = 12,6 vH,
jetzt hiervon 526 Haushalte = 0,1 vH,
außerdem neu 428 Haushalte.

Wir können noch feststellen, wieviel vH der Mitglieder einer sozialen Schicht jeweils darin geblieben und wieviele Arbeiter geworden (bzw. geblieben) sind:

	geblieben	Arbeiter
Von den Selbständigen	19,7	45,6
Mithelfenden	2,9	29,0
Beamten	41,1	17,7
Angestellten	42,2	28,1
Arbeitern	80,0	

Der hier nicht genannte Rest ist im allgemeinen nicht mehr berufstätig. Die Zahl der Rentner und von Unterstützungen Lebenden hat früher nur 22 000 der Gesamtzahl der Vertriebenen ausgemacht, jetzt sind es 148 000. Durch die Arbeitslosigkeit der Erwerbspersonen werden zusammen mit den Angehörigen in der Gegenwart insgesamt 350 000 Personen oder 32 vH der Vertriebenen betroffen.

Der einzige Lichtblick im Rahmen dieser Ermittlungen ist die Tatsache, daß von 1243 nach der Kapitulation neu gegründeten Betrieben 537 = 43 vH von Flüchtlingen ins Leben gerufen worden sind. Außerdem haben sie 93 schon bestehende Betriebe übernommen.

Wir haben uns eben mit den Menschen befaßt, die keinen oder keinen ausreichenden Erwerb haben, und haben geprüft, wieweit wir ihre Lage und wirtschaftliche Eignung statistisch klären können. Sie sollen Stellungen, sollen Arbeitsplätze haben. Wir müssen uns jetzt

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

überlegen, wie es mit der Statistik der Betriebe, besser allgemein der Arbeitsstätten aussieht.

Wir unterscheiden hier in der Statistik zwischen landwirtschaftlichen und nicht landwirtschaftlichen Arbeitsstätten. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind also zunächst für uns wichtig als mögliche Stätten der Unterbringung von Arbeitslosen, Flüchtlingen usw. Dieser Gesichtspunkt liegt auch vor allem den Bodenreformgesetzen in den drei Westzonen zugrunde, die in der Zeit vom Herbst 1946 bis zum Sommer 1949 beschlossen und verkündet wurden. Mit Hilfe der Statistik, z. B. der Grundeigentumserhebung von 1937 und neuerer ergänzender Feststellungen, läßt sich ungefähr das Ausmaß der für Siedlungszwecke frei zu machenden Flächen berechnen — die Ergebnisse schwanken zwischen drei Viertel und einer Million ha besiedlungsfähigen Landes —. Man muß überlegen, daß dieses Land längst nicht im ganzen Umfang für Neusiedler, also insbesondere Vertriebene, zur Verfügung stehen kann, sondern daß auch bereits „Anwärter" aus der einheimischen landwirtschaftlichen Bevölkerung als Siedler bedacht werden wollen und sollen. Dann verringert sich aber die Zahl der möglichen „Ost-West-Siedler" (mit allen Familienangehörigen usw.) bestimmt auf wenige hunderttausend Personen, wie es bei einer amtlich geschätzten Zahl von im ganzen 40 000 Vollerwerbssiedlungen, 45 000 Nebenerwerbsstellen und 50 000 Anliegerstellen auch gar nicht anders sein kann.

Zugleich mit diesen Berechnungen kann und muß man sich aber, wieder auf Grund langjähriger statistischer Ermittlungen, davon überzeugen, daß seit mehreren Jahrzehnten in den wichtigsten und technisch fortgeschrittenen Ländern die landwirtschaftliche Bevölkerung im ganzen im Abnehmen begriffen ist — in Deutschland allein zwischen 1882 und 1939 von 16,03 auf 12,27 Millionen. Wie man sieht, kann hier schon die Statistik wertvolle Fingerzeige geben, wie weit man überhaupt an bestimmte agrar- und bevölkerungspolitische Maßnahmen Hoffnungen knüpfen darf, ohne sich in übertriebene Erwartungen zu verlieren.

Abgesehen von den eben genannten Daten sind die statistischen Ergebnisse aus dem Bereich der Landwirtschaft für unser Thema noch in einer anderen Richtung von großer Bedeutung: zweifellos haben die Erträge der deutschen Landwirtschaft — das gilt auch von anderen vergleichbaren Ländern — in der Kriegs- und Nachkriegszeit im ganzen fühlbar abgenommen, selbst wenn man einen Teil der zahlenmäßigen Mindererträge auf die Verschlechterung der Statistik rechnet. Wollen wir nicht nur die alte Ertragsfähigkeit anstreben, sondern entsprechend der starken Bevölkerungszunahme wesentlich höhere Er-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

träge als v o r dem II. Weltkrieg, so bedarf es dazu laufender Anstrengungen, Belehrungen und ausgesuchter technischer Mittel. Aus einer großen Reihe von Untersuchungen, die vor allem Prof. B a a d e früher und jetzt hat anstellen lassen, ergeben sich genaue Zusammenhänge zwischen der Anwendung von (mineralischen) Düngemitteln und der Steigerung der Hektarerträge in den großen und kleinen Gebieten Deutschlands und anderer europäischer Länder. Um wirklich beweiskräftig zu sein, mußten hier statistische Angaben längerer Zeiträume und in möglichst eingehender geographischer Gliederung kritisch verwendet werden. Das Ergebnis der Untersuchungen bietet aber auch die wertvollsten Fingerzeige für den technischen Fortschritt in der Landwirtschaft, der zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft unentbehrlich ist.

Derartige Berechnungen haben sich für frühere Jahre auch auf die deutschen Ostgebiete erstreckt, und es wäre wünschenswert, sie für den Osten auch auf die Gegenwart auszudehnen. Aber hier läßt uns — vorderhand wenigstens — das Zahlenmaterial im Stich. Wie wichtig aber auch so der Einblick in die Agrarstatistik des Ostens für ganz Deutschland bleibt, zeigt unter anderem die bekannte Schrift von Dr. Gerhard H e y n : „Ostdeutschlands Landwirtschaft und ihre Überschüsse[3]". Aus dem Geleitwort von Reichsminister Andreas Hermes sei hier nur ein kleiner Abschnitt zitiert: „Die vorliegende Arbeit erbringt auf unangreifbarer statistischer Grundlage den Nachweis, welche Bedeutung die ostdeutsche Landwirtschaft für die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes gehabt hat. Wer sie mit ernstem Streben nach Erkenntnis prüft, wird die Überzeugung gewinnen, daß ohne die Lieferungen des deutschen Ostens das deutsche Volk nicht ernährt werden kann, wenn es nicht dauernd von der Unterstützung durch das Ausland abhängig bleiben soll."

So wichtig, auch vom Standpunkt der Bevölkerungs- und Sozialpolitik, die Landwirtschaft für uns ist, dürfen wir doch nicht vergessen, daß sie nach den Zahlen von 1939 mit den nicht erwerbstätigen Angehörigen nur 18,2 vH der Reichsbevölkerung umfaßte, während es 1907 noch 27,4 vH gewesen waren. Demgegenüber finden wir in Industrie und Handwerk 1939: 40,9 vH (ähnlich 1907), in Handel und Verkehr 15,8 vH (1907 ebenfalls ähnlich). Wollen wir Deutschland mit anderen Ländern vergleichen, so müssen wir dazu die Zahlen der Erwerbstätigen (ohne die von ihnen unterhaltenen Angehörigen) heranziehen und erhalten dann für die Abteilungen Industrie und Handwerk sowie Handel und Verkehr zusammen in der Zeit vor dem II. Weltkrieg folgende Zahlen:

[3] Deutscher Agrar-Verlag GmbH., Bonn (ohne Jahr).

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Deutschland	59,8 vH
Vereinigte Staaten	62,6 vH
Schweiz	63,2 vH
Belgien	70,1 vH
Großbritannien (ohne Nordirland)	75,2 vH

Wie das schon in der erwähnten Denkschrift der vier Institute und besonders von Prof. Baade in den „Kieler Studien", Heft 1, hervorgehoben wird, gibt es bei der Ähnlichkeit der Wirtschaftslage von Westdeutschland und Großbritannien nur einen Weg, die deutsche Bevölkerung angemessen zu ernähren: Deutschland muß etwa in dem gleichen Maße industrialisiert oder besser „vergewerblicht" werden — wie ich das 1933[4] genannt habe — wie Großbritannien, eine Entwicklung, die ohne gewaltige Investitionen und Zunahme des Industrieexports nicht möglich ist.

Diese Gedankenführung zwingt uns förmlich, den „Nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten" ein erhöhtes statistisches Interesse zu widmen. Dabei sind gerade hier die Schwierigkeiten nicht gering. Diese beginnen schon bei den Betrieben als solchen. Bereits in den Zeiten einer verhältnismäßig ruhigen gewerblichen Entwicklung war es nicht leicht, den Aufbau des Gewerbes mit all seinen Mannigfaltigkeiten und modernen Spezialitäten richtig zu erfassen und darzustellen und vor allem mit anderen Zeiten und anderen Ländern zu vergleichen. Ich erinnere hier nur an das Problem der „Erhebungseinheit": einmal Technische Einheit, dann Örtliche Einheit, dann Unternehmung. Wesentlich ist ferner das, was man mit gutem Recht die „Gewichtung" der Gewerbeabteilungen, -gruppen usw. genannt hat (vgl. z. B. Pechartscheck im Allgem. Stat. Archiv. Bd. 33, Heft 4). Früher hat man sich hierfür mit der Feststellung der Zahl der Beschäftigten und der Pferdestärken der installierten Kraftmaschinen begnügt. Jetzt scheint es unerläßlich zu sein, mindestens noch den Umsatz zu erfragen, wodurch man erst in der Lage wäre, beispielsweise zwischen Industrie und Handwerk oder zwischen den einzelnen Werken kombinierter Unternehmungen das richtige wirtschaftliche Verhältnis herzustellen. So groß die Bedenken gerade gegen diese Befragung sind, wird sie sich schließlich wohl doch durchsetzen.

Aber eine noch so sorgfältige und zuverlässige Arbeitsstättenzählung dieser Art hat einen großen Nachteil, der sich besonders für die Zwecke des Wiederaufbaus bemerkbar macht: die Ergebnisse dieser Zählung sind vor Jahresfrist (ab Herbst 1950!) nicht zu erwarten, also in unseren Zeiten schneller und überraschender Änderungen kaum noch aktuell. Diesem Nachteil gesellt sich ein zweiter: so wichtig

[4] In der Zeitschrift für Geopolitik Jg. 10, Heft 6.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

überhaupt die Feststellung der „Gewichte" der einzelnen Erwerbszweige auch für das Problem der Vollbeschäftigung im ganzen ist, so wenig reichen diese Ergebnisse aus, wenn wir etwas über die inneren Verhältnisse in Industrie, Groß- und Kleinhandel, Handwerk usw. oder gar über die Beziehungen all dieser Gruppen zum Markt aussagen wollen. Darüber aber müssen wir so genau wie möglich unterrichtet sein, wenn wir ernsthaft die Frage prüfen wollen, ob wir da und dort, sei es mit Hilfe vorhandener, aber unausgenutzter Kapazitäten, sei es mit Neugründungen von Betrieben die Produktion ausweiten und somit einen Weg finden können, Tausenden und aber Tausenden Arbeit zu verschaffen, überhaupt Verhältnisse zu schaffen, die gerade auch in in einem „liberalisierten Europa" von Bestand bleiben können.

Wir dringen zweifellos tiefer in die Beziehungen der gewerblichen Betriebe zu der wirtschaftlichen Umwelt ein, wenn wir die Ergebnisse der laufenden Industrieberichterstattung heranziehen. Diese Statistik gibt seit etwa Oktober 1948, abgesehen von gewissen Schwierigkeiten in der französischen Zone, eine Gewähr für eine einheitliche Darstellung der erfaßten Betriebe in Westdeutschland im ganzen und in seinen Teilgebieten. Monatlich und vierteljährlich erfaßt sie alle Industriebetriebe mit mindestens zehn Beschäftigten, außerdem zur Ergänzung einmal im Jahr alle kleineren Betriebe (1—9 Beschäftigte). Das Handwerk ist im allgemeinen hierin nicht enthalten, wird allerdings in einigen Ländern, z. T. in größeren Abständen, mit erhoben, soweit nicht überhaupt eine besondere Handwerksstatistik, wie in Schleswig-Holstein seit 1949, genügend Aufschluß gibt.

Sachlich werden von der Industrieberichterstattung erfaßt die Beschäftigten (in sozialer Gliederung), die geleisteten Arbeitsstunden, die Löhne und Gehälter (ohne Heimarbeiter), der Umsatz — getrennt nach Inlands- und Auslandsumsatz —, der Brennstoff- und Energieverbrauch, die Produktion nach Menge und Wert; diese Position ist gegliedert nach einem eingehenden Warenverzeichnis und nach den beiden Gruppen „zum Absatz bestimmt" und „zur Weiterverarbeitung im eigenen Betrieb bestimmt". Außerdem wird in einigen Industriegruppen versuchsweise der Wert der Auftragseingänge erfragt, um daraus etwa eine Konjunkturprognose aufbauen zu können.

Diese umfangreichen Fragen, die noch dazu tief in die Betriebsgebarung der Beteiligten eindringen, erschweren auf die Dauer das Zustandekommen zuverlässiger Ergebnisse, wenn es nicht gelingt, die Betriebe selbst und ihre Verbände an den Ergebnissen der Statistik lebhaft zu interessieren, sie sozusagen nicht nur als Produzenten, sondern auch als Konsumenten der Statistik zu gewinnen. Oder, wie das ein Bearbeiter dieser Statistik mit Recht ausspricht (Karl Wobbe im Allgem. Stat. Archiv, Bd. 33, Heft 4): „Erst wenn der einzelne Betrieb

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

seine eigene Entwicklung mit derjenigen seiner Branche, seines Landes oder des gesamten Bundesgebiets vergleichen kann und wertvolle Schlüsse für seine eigenen Dispositionen aus der volkswirtschaftlichen Kulisse ziehen lernt, wird er seine eigene Beteiligung an dem Erhebungswesen als Gemeinschaftsarbeit empfinden, aktivieren und damit die gesamte Statistik qualitativ verbessern helfen."

Was uns aber unter dem Gesichtspunkt unseres Themas vor allem angeht: Eine solche von der Zustimmung und inneren Bereitschaft der Beteiligten getragene Statistik ist ein wertvolles Hilfsmittel für die Zwecke des Wiederaufbaus, da sie dem Verantwortlichen die sachlichen und die personellen Lücken im Wirtschaftsgefüge aufzeigt, die er für seine Lenkungsmaßnahmen kennen muß.

Wie ein Vergleich mit den Zahlen der Industrieproduktion v o r diesem Kriege zeigt, hat Westdeutschland im ganzen erst etwa 80 vH der Vorkriegserzeugung erreicht; aus den Vergleichen für die einzelnen Industriezweige wird ersichtlich, was bereits geschehen ist und noch zu geschehen hat, um die katastrophalen Folgen der Kriegszerstörungen und Demontagen, der Zerreißung Deutschlands in Ost- und Westzonen, der Überalterung des Produktionsapparates und anderer strukturbedingter Belastungen auszugleichen. Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang die Überalterung unserer Arbeitskräfte durch den Ausfall so vieler im besten Jünglings- und Mannesalter stehender Menschen, die geringe Leistungsfähigkeit der zahlreichen Kriegsversehrten und die schlechtere, vielfach um fünf bis zehn Jahre verzögerte, Ausbildung des Nachwuchses. Auf alle diese Dinge hat Präsident W a g n e r, München, auf der Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Konjunkturforschung in Zürich (14. März 1950) mit Nachdruck hingewiesen, ebenso der Bundesarbeitsminister S t o r c h noch kürzlich besonders auf den Zusammenhang zwischen Jugendhilfsprogramm und Statistik. Auch die arbeitshemmenden und erst allmählich zu beseitigenden Wirkungen des Wohnraummangels müssen hier erwähnt werden. Es wird immer eine der wichtigsten Aufgaben des statistischen Dienstes sein, diese produktionshemmenden Daten sorgfältig zu beobachten, aber auch die zu erwartende Besserung dieser Zustände zu registrieren, damit unser wichtigstes Gut, die menschliche Arbeitskraft, jederzeit mit ihrem vollen Betrag in die Gesamtrechnung eingestellt werden kann.

Es ist nicht möglich, hier noch weitere Gebiete der Statistik wie etwa dasjenige des Außenhandels, der Preise und Lebenshaltungskosten zu behandeln und auf ihren Nutzen, aber auch ihre vielfach so eng gesteckten Grenzen für unser Thema einzugehen. Betont soll immerhin noch werden, wie wichtig in diesem Zusammenhang eine gut ausgebaute Finanz- und Steuerstatistik ist; sie muß es sich auch angelegen sein

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lassen, möglichst ins einzelne gehende Unterlagen zu liefern für die jetzt besonders akuten Fragen der Einwirkung des Steuersystems auf die Wohlfahrt des ganzen Volkes und vor allem seiner ärmeren Schichten.

Bei allem treten gerade für den beamteten Statistiker immer wieder zwei Bedenken in den Vordergrund: einmal die — schon erwähnte — Verspätung der Ergebnisse bei umfangreichen Erhebungen, zum zweiten die Kosten der Statistik, die um so größer werden, je mehr man — notwendigerweise — aus ihnen für die Zwecke der Staats- und der Volkswirtschaft entnehmen möchte. Die erste Schwierigkeit läßt sich teilweise dadurch bannen, daß man geschickt organisierte „vorläufige Ergebnisse" oder Teilzahlen herausbringt, die schon mehr oder minder verbindliche Vorschauen auf das Endergebnis darstellen. Die zweite Schwierigkeit ist bei unserer stets angespannten und noch für lange Zeit sehr bedenklichen Finanzlage im Gegensatz zu den hier besonders ausgabefreudigen Vereinigten Staaten kaum zu lösen. Es sei denn, daß man Wege findet, mit verhältnismäßig geringen Mitteln an Stelle der Vollzählungen T e i l e r h e b u n g e n durchzuführen, die etwa denselben Grad von Zuverlässigkeit aufweisen wie jene. Wir kommen damit auf das Gebiet des „Repräsentativverfahrens" oder der „Sampling methods", wie die Angelsachsen sagen. Hierzu liegen seit geraumer Zeit, mehr noch im Ausland als bei uns, wertvolle Untersuchungen der besten Fachmänner vor. Was mir wichtig erscheint, ist folgendes: Gerade für die Zwecke des Wiederaufbaues sind zahlreiche und eilige Feststellungen auf den verschiedensten Gebieten des Wirtschafts- und Soziallebens notwendig, ohne daß dadurch etwa einige große Vollerhebungen entbehrlich werden. Es ist deshalb die Aufgabe sowohl der beamteten Statistiker wie der statistischen Forscher, die laufenden Statistiken darauf zu untersuchen, wie weit sie nach Inhalt und Ziel Vollerhebungen sein und bleiben müssen, wie weit andrerseits die Erhebungsverfahren es zulassen, daß Teilzählungen an ihre Stelle treten können. Möglich sind solche Untersuchungen nur, wenn man ohne Voreingenommenheit und mit gründlicher Kenntnis der jeweiligen Einzelheiten an sie herangeht. Bei entsprechender Zusammenarbeit der Statistiker sind dann allerdings ziemlich bald Erfolge zu erwarten, die die G r e n z e n der Statistik für den Wiederaufbau merklich e r w e i t e r n!

DOI https://doi.org/10.3790/schm.71.3.85 | Generated on 2024-04-25 02:25:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/